

<b>SPD, CDU/FDP Gruppe, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Gö-LINKE und Piraten Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen</b>
---

SPD-Fraktion, Neues Rathaus, 37083 Göttingen	Zimmer 199 Tel.: 0551-4002290 E-Mail: <a href="mailto:spd-fraktion@goettingen.de">spd-fraktion@goettingen.de</a>
CDU/FDP Gruppe, Neues Rathaus, 37083 Göttingen	Zimmer 119 Tel.: 0551-4002215 E-Mail: <a href="mailto:cdu-fdp-gruppe@goettingen.de">cdu-fdp-gruppe@goettingen.de</a>
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Neues Rathaus, 37083 Göttingen	Zimmer 130 Tel.: 0551-4002785 E-Mail: <a href="mailto:grueneratsfraktion@goettingen.de">grueneratsfraktion@goettingen.de</a>
Gö-LINKE-Ratsfraktion, Neues Rathaus, 37083 Göttingen	Zimmer 196 Tel.: 0551-4002499 E-Mail: <a href="mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de">goelinke-fraktion@goettingen.de</a>
Piraten-Ratsfraktion, Neues Rathaus, 37083 Göttingen	Zimmer 127 Tel.: 0551-4003077 E-Mail: <a href="mailto:piraten-ratsfraktion@goettingen.de">piraten-ratsfraktion@goettingen.de</a>

---

19. Dezember 2011

### **Resolution zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 19. Dezember 2011 zur Mordserie der Neonazi-Bande und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden**

Der Rat wolle in Übereinstimmung mit der EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 22. November 2011 beschließen:

Der Rat trauert um Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn.

1. Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben. Die Unbegreiflichkeit des Geschehenen, die jahrelange Ungewissheit über Täter und ihre Motive waren und sind eine schwere Belastung für die Betroffenen.

Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt.

Wir erwarten, dass die Morde mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden. Das sind wir den Opfern, ihren Familien und Freunden schuldig.

Wir erwarten zugleich, dass Zusammenhänge dieser Mordtaten und ihr rechtsextremistisches Umfeld umfassend ermittelt und mögliche weitere ungeklärte Straftaten einbezogen werden.

2. Die jetzt bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen belegen auf traurige Weise, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.

Dem Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden. Wir alle sind gefordert zu handeln - überall dort, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen.

Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen - ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

- Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen.

Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.

Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert der Rat die Bundesregierung auf zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen.

Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

T. P. Dorn

P. Hild

T. Schlyp